

Bezugspreis
Der Halle monatlich bei zweimonatlicher
Abstellung 1.60 Mark, vierteljährlich
4.50 Mark, durch die Post 4.50 Mark
Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
deutschen Zeitungsverzeichnis unter
„Sozial-Zeitungen“ eingetragen. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Abdruck nur mit der Quellen-
angabe „Sozial-Zeitung“ gestattet.
Verantwortl. Schriftf. Hr. 1140,
Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
des H. Postamts Halle Nr. 1133,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Anzeigen
werd. 2.70 je post. 30 mm br. Kolonnen-
zeile oder deren Raum mit 40 Pf.
berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigenstellen
angewandt. Kolonnen die 22 mm
breite Zeile 1.25 Mt. Anzeigen-
annahmschluss vorm. 11 Uhr,
für die Sonntags-Nr. abends
6 Uhr. Abstellungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erstattungsart: Kasse, Erchein-
tagl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftl.
u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,
Neue Promenade 16, Gr. Braun-
hausstr. 17. Neben-Geschäftsstelle:
Markt 24 und Große Ulrichstr. 22.

Sozial-Zeitung

Dreihundertfünfzigster Jahrgang.

Nr. 27.

Halle, Freitag, den 17. Januar.

1919.

Scheidemann über Liebknechts Tod.

für Groß-Deutschland.

Eine Rundgebung der deutschen Presse.

Wir demokratischen Leute mit der gesamten deutschen Presse
für das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation.
In Übereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volke fordern
wir die sofortige Durchführung des am 12. November 1918 von
den Deutsch-Österreichischen Nationalparlamenten ausgesprochenen
Wunschschlusses Deutsch-Österreichs an Deutschland. Der Wille der
Deutsch-Österreicher ist auch der unsere.
Wir grüßen unsere Brüder in Deutsch-Österreich, die Substanz
auch die tapferen Verteidiger Deutsch-Österreichs, des Sudeten-
landes und der deutschen Eidpalmen als Bürger Groß-Deutschlands.

Keine deutschen Kleinstaaten mehr.

Aufteilung Preußens in 7 oder 8 Einzelstaaten.
Berlin, 16. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Unter der
führigen Reichsverfassung, die im Entwurf ausgearbeitet ist, über-
sie jedoch die verfassunggebende Versammlung das letzte Wort zu
sprechen haben wird, soll sich die Zahl der deutschen Einzelstaaten
um einige verringern. Das neue Deutschland wird keine
Kleinstaaten mehr kennen und der größte Staat, Preußen, soll
in 7 oder 8 Einzelstaaten aufgeteilt werden. Das
Reich würde darnach aus etwa 17 Einzelstaaten bestehen.
Gebiete, die mehr als 2 Millionen Einwohner haben, können sich
zu einem föderalen Freistaat zusammenschließen. Im Entwurf hat
man bereits vorgesehen, daß folgende Gebiete sich zu selbständigen
Freistaaten zusammenschließen können: Schlesien und Teile
von Posen, Ostpreußen und Teile von Westpreußen, Brandenburg
und Pommern mit beiden Mecklenburg, die Stadt Groß-
Berlin, Hannover und Holftein, Westfalen, das Rheinland, Hessen,
Böhmen unter Anluß preussischer Gebiete, Thüringen mit
seiner Regierungsbezirk Erfurt, Baden, Württemberg, Bayern, die
hannoversche und schlesische Ostprovinz, und als besonderer
Freistaat Wien. Die einzelnen Freistaaten werden ihre Landesange-
legenheiten nach eigenem Ermessen ordnen können, doch sollen ge-
wisse Grundzüge in die Reichsverfassung aufgenommen werden,
die für alle verbindlich sind. Darin wird u. a. auch die Art des
Wahlrechts gefestigt, das für alle Staaten des Reiches und auch
für die einzelnen Landtage, das für die Wahlen zur National-
versammlung eingehend werden müßte. Eine Reihe von Souverän-
itäten wird ferner dem Reich vorbehalten werden, darunter auch
die Landesverordnungsgebung. Bei der Einteilung und Neubildung der
selbständigen Einzelstaaten scheint man übrigens nicht berücksichtigt
zu haben, daß es kaum angängig sein dürfte, bestehende einheit-
liche Wirtschaftsgebiete zu trennen.

Scheidemann über Liebknecht.

Die Niederwerfung des Spartakusbundes
eine Retinausstat.

WTB. Kassel, 16. Januar. (Drahtnachricht.) In der
Stadthalle hielt der Reichsminister Scheidemann heute
abend vor einer noch tausendköpfigen Versammlung eine
Rede, in der er mit Bezugnahme auf die jüngsten Berliner Vor-
gänge u. a. sagte: Die Menschen von Spartakus sind ein seltsames
Gemisch. An ihrer Spitze stehen und stehen zum Teil Personen,
die von einer politischen Wahnidee verblendet sind und waren. Ich
bin ausdrücklich waren, denn die Möglichkeit zum Tode Liebknechts
und der Frau Luxemburg ist richtig, wie mir aus Berlin telegraphisch
mitgeteilt wird. So sind sie selbst Opfer ihrer eigenen Wahn-
ideen geworden. Bei Frau Luxemburg, einer hochbe-
gabten Person, die vorwiegend einen deutschen Arbeiter gebildet
hatte, um die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben und sich
darnach vor Ausweisung zu schützen, ist mit der Sozialdemokratie
politisch, nicht aber bei Liebknecht. Karl Liebknecht hat sich voll-
ständig in die russische terroristische Zeit zurückgeworfen. So-
zialdemokraten werden Liebknecht und Frau Luxemburg längst nicht
mehr. Den Sozialdemokraten sind die Gehele der Demokratie heilig,
gegen die sie sich jenseits aufstellen. Bei jener Wahnidee hat sich
auch neben irrenden Arbeitern das wilde verdrerbliche
Gehirn an ihre Spitze gestellt. Darum müßten und müssen wir
bekämpfen. Wir sind ein reiches Volk und wir können
mit moralischen Mitteln, denn andere haben wir nicht mehr, um
einen gerechten Frieden. Wenn wir jetzt in Anarchie verfallen,
dann wird jeder durch den Willen der Mächte und der Sportaktiven
in einen neuen Krieg gezwungen werden, denn heute auch das Recht
abnehmen. Darum haben wir uns geschert, darum müßten wir uns
wehren und darum bedeutet die Niederwerfung des Spar-

takusbundes für unser Volk, ganz besonders auch für die We-
iterkämpfer einen Akt der Rettung, den zu vollbringen wir vor
unserem Volke und vor der Geschichte verpflichtet waren.

Untersuchung in Sachen Liebknecht
und Rosa Luxemburg.

Berlin, 16. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Die Gede-
fanenverleumdung seitens des Reichsjustizministeriums, die bei-
den Führer der Sozialdemokratie von Dr. Liebknecht und Frau
Rosa Luxemburg ihre Dienstpflicht erfüllt haben, ist die gericht-
liche Untersuchung eingeleitet worden. Der die Begleitmannschaft
der Frau Rosa Luxemburg begleitende Offizier ist seinem Posten
entsetzt worden, weil fargelegt werden muß, warum er zum
Schutze der Frau Luxemburg nicht gegen das Publikum von der
Waffe Gebrauch machte.

WTB. Berlin, 16. Jan. (Drahtnachricht.) Die
Regierung hat über die Umstände, die zum gewaltsamen Tode
Dr. Rosa Luxemburgs und Dr. Karl Liebknechts geführt haben,
die strengste Untersuchung eingeleitet. Schuldige werden nach dem
Gesetz bestraft werden. Die beiden Getöteten hatten sich zweifellos
schwer am deutschen Volke vergangen. Sie hätten jedoch ebenso
jenseitlich einen Anspruch auf Acht, das Schicksal bestraft, aber
auch vor Urrecht schützt. Ein Akt der Vernunft, wie er an Rosa
Luxemburg begangen worden zu sein scheint, schändet das deutsche
Volk, und jeder, auf welcher Seite er auch politisch stehen mag,
wird ihn selbst verurteilen. Ist im Falle Luxemburg das Gesetz
offenbar verletzt worden, so bedarf es auch im Falle Liebknechts
noch der Aufklärung, ob er nach gesetzlichen Vorschriften behandelt
worden ist. Sollten sie verletzt sein, so müßte auch hier in der
stärksten Weise eingegriffen werden. Die traurigen Vorgänge
der letzten Wochen zeigen leider, wie tief infolge des Krieges die
sittliche Verrohung eingedrungen ist und wie wenig ein Menschenleben
gachtet wird. Es ist Zeit, daß auf allen Seiten die Spannung
wiederholt, wenn nicht mit der Humanität alle politischen und
materiellen Werte unseres Volflebens denkbar ist.

Die Beseitigung der Spartakusanhänger.

Berlin, 16. Januar. (Privattelegramm.) Als heute
abend waren im Stadthalle Reichsminister Scheidemann, die
viele hundert Parteimitglieder und große Mengen von
Spartakisten in die Hände der Reichswehrstruppen gefasst. Sechs
Personen wurden festgenommen, darunter 24 Frauen. Nach voll-
ständiger Entwaffnung der Reichswehrstruppen ist die Beseitigung
der Spartakusanhänger auch in den übrigen Gebieten des Reiches
durchgeführt worden. Ueber die Maßnahmen eines künftigen Dis-
ziplinarverfahrens wird die Nationalversammlung zu beschließen haben.

Geheime Friedensverhandlungen.

Hag, 16. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Sämtliche Kor-
respondenten der britischen und amerikanischen Blätter haben fröhlich
Stellung genommen gegen den französischen Vorschlag, welcher vor-
zuziehen und Japan unterliegt wird, die Dessenitätigkeit der
Kriegsverhandlungen vollständig auszuschließen und allen Delegierten
Gleichberechtigung anzuerkennen. Das von den letzten Wörtern
von Amerika und England wurde der Vorschlag auf Geheim-
haltung mit drei gegen zwei Stimmen angenommen. Nur wurde
das Zugeständnis erteilt, daß der amtliche Bericht am nächsten
Tage durch eine Uebersicht der Aussprache ergänzt werden dürfe.
Sofort, nachdem diese Entscheidung bekanntgegeben worden war,
haben 200 amerikanische Journalisten und die englischen und
französischen Vertreter Verwahrungen abgelehnt, worin Pro-
teste an Lloyd George und Wilson beschlossen wurden mit der
Begründung, daß dieses Verfahren schon vollständig gegen die
ersten der 14 Punkte Wilsons verstoße, nämlich daß der Frieden
erst durch mühe durch einen öffentlichen Vertrag, der in
aller Öffentlichkeit zuhandeln kommen sei. — Die Chicago Trib-
une sagt dazu: Die Delegierten dürfen sich nach wie vor mit
den Friedensverträttern unterhalten, aber nur über das Wetter, die
Ernteaussichten und das Treiben auf den Boulevard. Nur über
das, was hauptsächlich interessiert, nämlich den Frieden, dürfen
sie nicht sprechen. Darüber wird die Öffentlichkeit informiert
und die Wähler dürfen nicht erfahren, was die Herren hinter ver-
schlossenen Türen über das Schicksal der Welt entscheiden.

Luzemburg bleibt Monarchie.

Genf, 16. Januar. (Privattelegramm.) Einer Vorparlamentarische
aufgabe befähigte die Luxemburgerische Kammer die Proklamie-
rung der Republik. Charlotte mit 50 gegen 30 Stimmen. Luzem-
burg bleibt also Monarchie. (Nach der Redaktion: Die Macht
des katholischen Klerus in diesem kleinen Lande hat sich also stärker
ermielt, als die Macht der Revolution. Wäre die revolutionäre
Welle aus dem Westen, von Frankreich, hergekommen, wäre Luzem-
burg heute keine Republik.)

Stroverfahren gegen Caillass.

Genf, 16. Januar. (Privattelegramm.) Gegen den ehemals-
gen französischen Minister Caillass ist wegen Einverleumdung mit
dem Feinde, wie der Katin mittelst, die Anklage erhoben. Ver-
urteilungstermin ist der 2. März.

Kirchhenglocken im neuen
Deutschland!

D.P.K. Die Deutsche demokratische Partei
hat das nachstehende Flugblatt ausgeben:
Am 19. Januar wird die Nationalversammlung gewählt
Sie wird darüber zu entscheiden haben, wie sich das Ver-
hältnis von Kirche und Staat im neuen Deutschen Reich
gestalten soll. Die bisherige Regierung hatte uns Herr
Wolf Hoffmann als Kultusminister zugeweiht. Dieser
„Minister“ verfügte sofort die Trennung von Kirche
und Staat.

Welche Absicht leitete ihn? Die Religion sollte aus dem
neuen Deutschland ausgeschieden werden wie ein lästiger
Austländer. Der Staat sollte hierfür die großen Religi-
onsgemeinschaften wieder unterstützen noch jähren. Die
Religion sollte hierfür keine Heimatsbedingung in den
Schulen haben. Aus solchen Verfügungen spricht nicht der
Geist der Klugheit, der Mäßigung und der Gerechtigkeit!
Die sonstigen Anordnungen der vorläufigen Regierung
wurden von der Mehrheit des deutschen Volkes gebilligt
oder schweigend hingenommen. Die Verfügungen des
„Ministers“ für Wissenschaft, Kunst und Volkshochschule
aber riefen einen Sturm des Unwillens nach, das
sich in lauten Protesten äußerte. Das deutsche Volk
weiß emfindend, daß ein frevelndes Hand das heilige
Heiligum der Volkseele antastet wollte. Auch
in den entbehrungsreichen Kriegsjahren hatte man es neu
gelehrt: Der Mensch lebt nicht von Brot allein! Darum
ließen Evangelische und Katholische mit lauter
Stimme der Regierung zu: Die Hände weg von
unserem Heiligum!

Was tat nun die Regierung? Sie hielt zwar einen
Augenblick in ihrem Reformier inne, aber ihre Absicht hat
sie nur aufgehoben, nicht aufgehoben!
Deutsche Vorkämpfer! Wir erheben einmütig laute
Proteste gegen denartige Maßnahmen und Absichten der
Regierung! Für eine barte, schwere Zukunft erlitten wir
die möglichst besten Lebensbedingungen für alle Glieder
unseres deutschen Volkes.

Aber wir wünschen keine Politik, die nur
an einen vollen Geldbeutel denkt, dabei
aber die Schatzkammer des deutschen Gemütes
entleert.
Religion ist eine persönliche Angelegenheit des ein-
zelnen Menschen. Gemäß! Aber sie ist auch eine wichtige
Angelegenheit des ganzen Volkes! Religiosität gehört
zu dem wichtigsten Bestand der deutschen Kultur.
Jeder Schlag gegen die Religion ist ein Schlag gegen die
deutsche Volkseele! Aber die Religion schützt, arbeitet für
das Heil des deutschen Volkes! Niemand darf ungestraft
unser Religion antasten! Wir treten schützend vor unsere
Altäre! Wir verlangen mit aller Entschiedenheit

Sicherung und Schutz für die Ausübung der Religion!

Mit einer Neuordnung des Verhältnisses zwischen Kirche
und Staat sind auch wir einverstanden!
Aber es ist durchaus nicht gleichgültig, in welchem Geist
diese Neuordnung erfolgt! Nicht der blinde Haß gegen die
Religion darf dabei das große Wort führen. Wir fordern
den Geist des Verständnisses für die tiefen Bedürfnisse der
deutschen Volkseele. Nicht Uebelwollen, sondern Wohl-
wollen! Nicht tyrannischen Unverstand, sondern klare Einsicht!
Nicht häufige Ueberzeugung, sondern planmäßiges Vorgehen!
Aber da meint, für sich persönlich die Religion entbehren
zu können, der wunde ungehindert seinen einjamen Fied!
Die Freiheit der Ueberzeugung ist ihm gewährleistet!
Wer sich außerhalb der kirchlichen Gemeinschaft helfen
will, dem werde kein Hindernis in den Weg gestellt!
Aber das Recht der vielen Millionen, die
eine große religiöse Gemeinschaft bilden wollen, verlangt
vollen Respekt! Die hohe Würde der Kirche muß ge-
wahrt bleiben, ihre materiellen Grundlagen müssen sicher-
gestellt werden.

Wir verlangen, daß die Beamten und Lehrer der be-
stehenden Religionsgemeinschaften in ihrer Ausbildung und
in der Ausübung ihres Berufs den staatlichen Schutz
genießen.

Statt der laufenden staatlichen Geldunterstützungen eine
gerechte finanzielle Abfindung! Für die finanzielle
Verwaltung der Kirchen das Recht der Steuer-
erhebung! Für die Ausübung des Kultus staatlichen
Schutz! Im Lehrpläne der Schule einen Platz

Reaktion bekämpfen. — Räte Delius wählen!

